

daß der damalige Premierminister Großbritanniens, Churchill, in seiner Rede am 27. Oktober 1944 im britischen Unterhaus erklärte:

Es steht den Polen frei, ihr Gebiet auf Kosten Deutschlands nach Westen auszudehnen. Dabei müßte die Ausweisung der Deutschen aus dem an Polen fallenden Gebiet im Westen und Norden vorgenommen werden, denn eine Ausweisung ist, soweit wir sehen können, die Methode, die am zufriedenstellendsten und dauerhaftesten sein wird. Es wird reiner Tisch gemacht werden. Ich fühle mich nicht alarmiert durch die Aussicht auf eine Loslösung von Bevölkerungen, auch nicht einmal durch diese großen Transferierungen, die unter modernen Verhältnissen eher möglich sind, als sie es jemals waren.

Und der amerikanische »Präsident Truman erklärte in einer Rundfunkansprache an das amerikanische Volk am 9. August 1945:

Das Territorium, das die Polen verwalten sollen, wird Polen befähigen, seine Bevölkerung besser zu erhalten. Es wird Polen mit einer kurzen und leichter zu verteidigenden Grenze versehen.

Damals hatten Truman und Churchill damit gerechnet, daß eine reaktionäre polnische Regierung mit Mikolajczyk und anderen angloamerikanischen Agenten an der Spitze tätig sein werde, Polen beherrschen werde. Seitdem das polnische Volk jedoch die Mikolajczyk und anderen Agenten weggejagt hat, traten die Truman und Churchill gegen die von ihnen selbst unterschriebenen Vereinbarungen von Potsdam auf. Truman und Churchill treten in die Fußtapfen von Hitler. Die anglo-amerikanischen Imperialisten wollen die deutsch-polnische Friedensgrenze ebenso zum Gegenstand eines Konfliktes zwischen beiden Völkern machen, wie Hitler den Korridor zum Ausgangspunkt seiner verbrecherischen Kriegsaggression gegen Polen machte und damit den Weltkrieg entzündete.

Wenn heute die Schumacher, Böckler und andere in Westdeutschland in den Chor der Imperialisten einstimmen und die Hetze gegen die Oder-Neiße-Friedensgrenze führen, so arbeiten sie damit den Rechtsparteien in Westdeutschland, den faschistischen Organisationen in die Hände, die durch die Hetze gegen die Oder-Neiße-Grenze und durch ihre Antisowjetpropaganda den deutschen Chauvinismus entfachen und die Bevölkerung Westdeutschlands in eine Haßstimmung gegen die Völker des friedlichen Aufbaus, gegen die Völker treiben wollen, die den Weg zum Sozialismus beschritten haben. Gerade angesichts dieser verbrecherischen Pläne der amerikanischen und englischen Imperialisten ist es eine zwingende Notwendigkeit und entspricht es den Interessen aller friedliebenden Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, daß die Oder-Neiße-Friedensgrenze markiert wird und Vereinbarungen über den Grenzübergang, die Schifffahrt auf Oder und Neiße und andere Fragen getroffen werden, damit die Feinde des Friedens keinerlei Möglichkeit haben, auch nur den kleinsten Riß zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Polen für Kriegsprovokationen auszunutzen.

(Beifall)

Diese Vereinbarungen sind zugleich der Ausdruck einer offenen und ehrlichen Politik gegenüber den Umsiedlern. Während die amerikanischen Kriegstreiber und ihre Lakaien in Bonn die in Westdeutschland ansässigen Umsiedler nicht zur Ruhe kommen lassen wollen, um sie durch die Haßpropaganda zu gefügigem Kanonenfutter für einen dritten Weltkrieg zu machen, ist die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik daran interessiert, daß die Umsiedler in Deutschland ihre Heimat Anden, der friedlichen Arbeit nachgehen können, als vollberechtigte Bürger behandelt werden und daß die Kinder der Umsiedler tüchtig lernen, um mithelfen zu können an unserem großen Aufbauwerk.

In meiner Rede anläßlich des Staatsaktes zur Unterzeichnung der Abkommen habe ich in Warschau erklärt:

Die Unterzeichnung der Abkommen leitet einen neuen Abschnitt in den Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen ein. Es beginnt die Zeit engster freundschaftlicher Zusammenarbeit. Beide Völker schaffen an ihrem großen Aufbauwerk und sind deshalb an der Sicherung des Friedens interessiert.

Und der Herr Ministerpräsident Josef Cyrankiewicz erklärte:

Wir wissen und glauben aufrichtig, daß die Freundschaft zwischen dem demokratischen Deutschland und Polen sich entwickeln und gedeihen wird.

(Beifall)

In Warschau wurden eingehende Beratungen mit dem Herrn Stellvertretenden Ministerpräsidenten, dem Vorsitzenden der Plankommission, Herrn Mine, sowie den Ministern der wirtschaftlichen Ministerien geführt. Es erfolgte eine gegenseitige Information über die Entwicklung der Volkswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik und in Polen in den nächsten fünf Jahren. Bei diesen Besprechungen wurden die vorbereiteten Beratungen geführt für ein fünfjähriges Handelsabkommen, das zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen noch in diesem Herbst abgeschlossen werden soll. Es wurde im Verlauf der Verhandlungen das Handelsabkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Polen unterzeichnet und gleichzeitig eingehend die Fragen der Durchführung des Abkommens besprochen. Es muß festgestellt werden, daß die Wirtschaftsorgane der Deutschen Demokratischen Republik künftig ihren im Handelsvertrag festgelegten Verpflichtungen pünktlicher nachkommen müssen, größere Anstrengungen unternehmen müssen, um diese Verpflichtungen exakt zu erfüllen.

Das vereinbarte Abkommen über wissenschaftlich-technische Hilfe geht aus von dem Grundsatz der ständigen gegenseitigen Hilfeleistung im Interesse des Neuaufbaues in beiden Ländern. Außerdem wurde ein Kulturabkommen unterzeichnet, das der Förderung einer engen kulturellen Zusammenarbeit dienen soll.

Die Durchführung der wirtschaftlichen und kulturellen Abkommen wird viel dazu beitragen, die Beziehungen zwischen beiden Ländern, zwischen beiden Völkern zu vertiefen.

Unserer Delegation wurde die hohe Ehre eines Empfangs beim Präsidenten der Volksrepublik Polen, Boleslaw Bierut, zuteil. Präsident Bierut innesierte sich für die Aufbauarbeit in unserer Republik und gab seiner Besorgnis Ausdruck, "daß in Westdeutschland die Kräfte der Vergangenheit, die die Verantwortung für zwei imperialistische Kriege tragen, ihr Unwesen treiben und im Dienst amerikanischer Kriegsinteressen stehen. Der Empfang verlief dem Geiste wirklicher, herzlicher Freundschaft.

Daß die Beratungen zwischen beiden Staaten nicht nur eine Angelegenheit der Regierungsvertreter waren, sondern auch die ganze Bevölkerung an der Schaffung einer neuen, friedlichen und freundschaftlichen Zusammenarbeit interessiert ist, das zeigte der Abschied auf dem Bahnhof. Herr Ministerpräsident Cyrankiewicz war selbst zum Bahnhof gekommen, ebenso der Stellvertretende Ministerpräsident Mine und eine Anzahl Minister. Aber zugleich waren so viele Arbeiterdelegationen aus den Betrieben und Delegationen der Bevölkerung erschienen, daß sie bei weitem nicht auf dem Bahnhof Platz Anden konnten.

(Beifall)

Die Delegationen riefen im Sprechchor: „Es lebe Stalin — Bierut — Pieck!“ Auf dem Bahnhof waren große Bilder vom Führer des Sowjetvolkes, Stalin, sowie von